

Masterplan 2020: Front gegen Pflichtquartal Allgemeinmedizin

Medizinstudierende, Uniklinika, Fakultätentag und Fachgesellschaften wehren sich gegen Pläne, die Allgemeinmedizin verpflichtend im PJ zu installieren. Der Masterplan dürfe sich nicht allein auf den Landarztmangel fokussieren, warnen sie.

VON FLORIAN STAECK

BERLIN. Vier Verbände haben sich in einer gemeinsamen Stellungnahme gegen ein Pflichtquartal Allgemeinmedizin ausgesprochen. „Alles für alle verpflichtend zu machen, ist die falsche Weg“, heißt es in dem Papier der Bundesvertretung der Medizinstudierenden (bvmd), der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF), des Verbands der Uniklinika (VUD) und des Medizinischen Fakultätentags (MFT).

Hintergrund der Stellungnahme ist der Masterplan „Medizinstudium 2020“, der derzeit von Bund und Ländern erarbeitet wird. Das Vorhaben zielt bislang „sehr einseitig auf die Stärkung der Allgemeinmedizin im Studium sowie auf vermeintliche Lösungen zur sogenannten Landarztproblematik“, kritisiert Professor Heyo Kroemer vom MFT. Er mahnte einen größeren Fokus an: Auch die Auswahl der Studienplatzbewerber, die praxisnahe Ausrichtung des Studiums und die Verankerung der Wissenschaftlichkeit im Studium müssten auf die Tagesordnung, forderte er.

Neue Kriterien für Bewerberauswahl

Aus Sicht der Vertretung der Medizinstudierenden sollte die sogenannte Kapazitätsverordnung, die für die Berechnung der Studienplätze maßgeblich ist, reformiert werden. Auch rechtssichere Kriterien für Testverfahren jenseits der Abiturnote müht die Studierendenvertretung an.

Berufen kann sich die bvmd dabei auf den Koalitionsvertrag von Union und SPD: Dort heißt es unter Verweis auf den Masterplan, man wolle eine „zielgerichtete Auswahl der Studi-



Zwei Medizinstudentinnen bei einem Kurs am Institut für Anatomie der Universität Leipzig. © www.190204027040204



enplatzbewerber“ ermöglichen. Allerdings enthält dieser Passus auch das Bekenntnis „zur Förderung der Praxisnähe und zur Stärkung der Allgemeinmedizin“. Mit Blick auf die Allgemeinmedizin lehnen die Autoren des Positionspapiers verbindliche Vorgaben ab. Vielmehr steige „mit der Wahlfreiheit das Interesse dafür, einzelne fachliche Schwerpunkte über die Ausbildung hinaus in der Weiterbildung fortzuführen“, sagt Professor Rolf-Detlef Treede für die AWMF. Im Papier heißt es nur, die Ausbildung solle alle Bereiche der ärztlichen Tätigkeit umfassen, „auch die ambulante und primärärztliche Versorgung“.

Absage an die Landarztquote

Vorschläge, Medizinstudierende über eine Landarztquote früh an die Allgemeinmedizin zu binden, erteilen die Autoren eine Absage. Ein solches indirektes Instrument helfe nicht gegen Landarztmangel. Hierfür müssten die Anreize und Rahmenbedingungen vor Ort geändert werden, sagt Professor Michael Albrecht vom VUD. Hingegen

hat zuletzt die bayerische Staatsregierung Sympathie für dieses Instrument erkennen lassen.

Professor Ferdinand M. Gerlach, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin und Familienmedizin (DEGAM), hat 2016 zum „Schicksalsjahr für die Allgemeinmedizin“ erklärt. „Wenn wir jetzt die richtigen Weichen stellen, können wir einen Durchbruch in der Nachwuchsfrage erreichen“, sagte Gerlach im Februar und verband damit die Forderung, die Allgemeinmedizin im Praktischen Jahr (PJ) zu stärken sowie die abschließende Staatsexamens-Prüfung praxisnäher zu gestalten.

Vergrätzt hat die DEGAM im März auf das vom Marburger Bund veröffentlichte „Studi-Barometer“ des Marburger Bundes (MB) reagiert. Der hatte 1756 Studierende befragt lassen: Nur 26 Prozent wünschten sich demnach eine Stärkung des Fachs Allgemeinmedizin im Studium. Die DEGAM warf dem MB daraufhin eine „tendenziöse Darstellung nicht repräsentativer Befragungsergebnisse“ vor.